

Der Friedensbeschluss der Wiener Arbeiter.

In den fünf Versammlungen der Wiener Arbeiter, die am Sonntag abgehalten wurden und in denen, sowohl was den Massenbesuch wie die leidenschaftliche Stimmung betrifft, der Wille der Arbeiterschaft zum deutlichen Ausdruck kam, wurde mit stürmischer Zustimmung folgender Beschluss gefasst:

Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Regierung die Völker Oesterreichs jedes Einflusses auf die Friedensverhandlungen beraubt, indem sie die Leitung des Abgeordnetenhauses und der Delegationen immer weiter hinausschiebt und in der Presse jede Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs unterdrückt.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Bresch-Browst in verständlichem und freundschaftlichem Geiste führe eingebend der Tatsache, daß diese Verhandlungen eine feste und dauernde Freundschaft mit unserem größten Nachbarvolk begründen sollen.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung alle Bestrebungen nach offenen und verhöllten Annexionen zurückweise; daß sie die Forderung, das Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker Rußlands zu verfechten, ebenso ablehne wie den Wunsch, einzelne Teile der russischen Grenzländer gegen den Willen ihrer Bewohner zu annektieren. Wir fordern, daß es die Mittelmächte den Völkern Polens, Italiens und Rumanlands selbst überlassen, durch Volksabstimmung bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht in voller Freiheit über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, und daß volle Bürgerschaften getroffen werden, daß diese Volksabstimmung durch keinerlei behördliche oder militärische Eingriffe beeinflusst werde.

Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlichster Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Länder, dem Kriege ein Ende zu setzen. Sie betrachtet die Rede Lloyd-Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Druck der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzuschränken beginnen. Sie protestiert gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Kundgebungen durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Kundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten.